

Niederschrift Nr. 3/2009 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 16. März 2009 um 11:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ausschussmitglied Ursula Aljets *(ab 12:00h)*
Ausschussmitglied Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Sabine Gastmann
Ausschussmitglied Siegfried Neumann
Ausschussmitglied Norbert Schmidt

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussvorsitzende Ursula Glaser
1. Bürgermeister Fritz Langen
Stellv. Ausschussvorsitzender Bernhard Rech
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter
Ausschussmitglied Heinz Weerda

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister *(fehlte entschuldigt)*
Ausschussmitglied Dr. Michael von Teichman
Ratsmitglied Horst Radmer

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschussmitglied Werner Biehl

Mitglied Gruppe BASU/Tholen:

Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Mitglied LAW-Fraktion:

Ratsmitglied Johann Janssen

Rat der Gemeinde Wangerland:

beratendes Mitglied Klaus Lammers *(fehlte entschuldigt)*

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Von der Verwaltung:

Sachbearbeiterin Bianka Götz (13)
Pressesprecher Arnold Preuß (13)
Fachbereichsleitung RPA Udo Weiß (14)
Sachbearbeiterin Tanja Harnisch (20)
Stellv. Fachbereichsleiter Stefan Kück (20)
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion (20)

Vom Eigenbetrieb:

Werksleitung Eigenbetrieb SDW Hubert Rüttgers (16)
Werksleitung Eigenbetrieb GGS Oliver Leinert (17)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 16.02.2009
- 4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss: keine
- 5 Vorlagen an den Rat:
 - 5.1 Rechenschaftsbericht 2005, Schlussbericht des RPA über die Prüfung der Jahresrechnung 2005 und Entlastung des Oberbürgermeisters
 - 5.2 Rechenschaftsbericht 2006, Schlussbericht des RPA über die Prüfung der Jahresrechnung 2006 und Entlastung des Oberbürgermeisters
 - 5.3 Übertragung von Vermögen und Verbindlichkeiten an die Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH zum 01.10.2006
 - 5.4 Umstrukturierung der städtischen Beteiligungen - Grundsatzbeschluss
 - 5.5 Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung
 - 5.6 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 22.11.2006
 - 5.7 Wirtschaftsplan 2009 WEB
 - 5.8 Wirtschaftsplan 2009 SDW
 - 5.9 Weiterführung des Modells Public Private Partnership
 - 5.10 Wirtschaftsplan 2009 GGS
 - 5.11 Wirtschaftsplan 2009 SGW
 - 5.12 Wirtschaftsplan 2009 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH
 - 5.13 Wirtschaftsplan 2009 der WTF Stadtwerke GmbH
 - 5.14 Wirtschaftsplan 2009 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH
 - 5.15 Wirtschaftsplan 2009 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH
 - 5.16 **Haushaltssatzung 2009 / 2010:**
 - 5.16.1 Gesamtpläne:
 - 5.16.1.1 Gesamtergebnisplan
 - 5.16.1.2 Gesamtfinanzplan
 - 5.16.2 **Teilhaushalte nach Dezernaten:**
 - 5.16.2.1 Dezernat I - Oberbürgermeister Menzel:
 - 5.16.2.1.1 Teilhaushalt 02 - Gleichstellungsbeauftragte Seiten 26-33
 - 5.16.2.1.2 Teilhaushalt 13 - Kommunikation & Koordination Seiten 34-60
 - 5.16.2.1.3 Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfungsamt Seiten 61-68
 - 5.16.2.1.4 Teilhaushalt RNK - Seiten 69-75
 - 5.16.2.1.5 Teilhaushalt Stadtwerke Holding Seiten 76-83
 - 5.16.2.1.6 Teilhaushalt WFG - Seiten 84-91
 - 5.16.2.1.7 Teilhaushalt 03 - Wirtschaft und Regionalmanagement Seiten 92-99
 - 5.16.2.1.8 Teilhaushalt WTF-S - Seiten 100-101
 - 5.16.2.2 Dezernat II - Erster Stadtrat Stoffers:
 - 5.16.2.2.1 Teilhaushalt 10 - Zentrale Dienste Seiten 110-137
 - 5.16.2.2.2 Teilhaushalt 30 - Recht Seiten 138-154
 - 5.16.2.2.3 Teilhaushalt 50 - Soziales Seiten 155-196
 - 5.16.2.2.4 Teilhaushalt 51 - Jugend Seiten 197-225
 - 5.16.2.2.5 Teilhaushalt 53 - Gesundheit Seiten 226-239

- 5.16.2.2.6 Teilhaushalt SDW - Seiten 240-247
- 5.16.2.3 Dezernat III - Stadtbaurat Kottek:
- 5.16.2.3.1 Teilhaushalt 61 - Stadtplanung Seiten 251-283
- 5.16.2.3.2 Teilhaushalt 63 - Bauordnung Seiten 284-293
- 5.16.2.3.3 Teilhaushalt SGW - Seiten 294-303
- 5.16.2.4 Dezernat IV: Stadtrat Dr. Graul:
- 5.16.2.4.1 Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten Seiten 307-340
- 5.16.2.4.2 Teilhaushalt 36 - Umwelt Seiten 341-362
- 5.16.2.4.3 Teilhaushalt 37 - Brandschutz Seiten 363-392
- 5.16.2.4.4 Teilhaushalt 40 - Bildung, Kultur, Sport Seiten 393-474
- 5.16.2.4.5 Teilhaushalt WEB - Seiten 475-483
- 5.16.2.5 Dezernat V: Stadtkämmerer Hoff:
- 5.16.2.5.1 Teilhaushalt GGS - Seiten 487-495
- 5.16.2.5.2 Teilhaushalt 20 - Finanzen Seiten 496-522
- 5.16.2.5.3 Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft - Seiten 523-529
- 5.16.3 Stellenplan:
- 5.16.3.1 Gesamtstellenplan Seiten 15-17
- 5.16.3.2 Veränderungen zum Stellenplan Seiten 531-533
- 5.16.4 Investitionsprogramm nach Dezernaten:
- 5.16.4.1 Dez. I Oberbürgermeister Menzel Seiten 535-539
- 5.16.4.2 Dez. II Erster Stadtrat Stoffers Seiten 540-544
- 5.16.4.3 Dez. III Stadtbaurat Kottek Seiten 545-550
- 5.16.4.4 Dez. IV Stadtrat Dr. Graul Seiten 551-555
- 5.16.4.5 Dez. V Stadtkämmerer Hoff Seiten 556-558
- 5.16.5 Übersichten / Sonstiges:
- 5.16.5.1 Verpflichtungsermächtigungen Seite 560
- 5.16.5.2 Schulden Seite 561
- 5.16.5.3 Stiftungen Seite 562
- 5.16.5.4 Im Haushalt enthaltene Zuschüsse Seiten 20-21
- 5.16.5.5 Unberücksichtigte Zuschussanträge Seite 22
- 5.16.6 Haushaltssicherungskonzept
- 6 Mitteilungen und Anfragen: keine

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 16.02.2009

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 16.02.2009 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

-keine-

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Rechenschaftsbericht 2005, Schlussbericht des RPA über die Prüfung der Jahresrechnung 2005 und Entlastung des Oberbürgermeisters

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Die Frage von **Herrn Dr. von Teichman**, ob die hinsichtlich des Eigenbetriebes GGS vorgebrachte Kritik des Rechnungsprüfungsamtes mittlerweile geklärt sei, wurde von **Stadtkämmerer Hoff** ausdrücklich bejaht.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt nimmt den Rechenschaftsbericht des Fachbereiches Finanzwirtschaft zur Jahresrechnung 2005, den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes sowie die hierzu erfolgte Stellungnahme des Oberbürgermeisters zur Kenntnis und erteilt dem Oberbürgermeister Entlastung für das Haushaltsjahr 2005.

5.2 Rechenschaftsbericht 2006, Schlussbericht des RPA über die Prüfung der Jahresrechnung 2006 und Entlastung des Oberbürgermeisters

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt nimmt den Rechenschaftsbericht des Fachbereiches Finanzwirtschaft zur Jahresrechnung 2006, den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes sowie die hierzu erfolgte Stellungnahme des Oberbürgermeisters zur Kenntnis und erteilt dem Oberbürgermeister Entlastung für das Haushaltsjahr 2006.

5.3 Übertragung von Vermögen und Verbindlichkeiten an die Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH zum 01.10.2006

Herr Prof. Reuter formulierte die Frage, ob es durch die rückwirkende Übertragung von Vermögen zum 01.10.2006 an die Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH zu Änderungen der bisherigen Wirtschaftspläne käme. **Stadtkämmerer Hoff** verneinte dies. Der Wirtschaftsprüfer werde jedoch im Rahmen des Jahresabschlusses u.a. auch die Vermögenslage der Gesellschaft prüfen. Der Jahresabschluss für 2006 sei auch noch nicht abschließend erstellt und testiert.

Herr Dr. von Teichman erkundigte sich nach der Ursache für die Übertragung von Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Gesellschaft. **Herr Valnion** erläuterte die Zusammenhänge.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH wird rückwirkend zum 01.10.2006 das ehemals den Abteilungen „Volkshochschule“ und „Musikschule“ des Fachbereiches Bildung, Kultur und Sport zuzuordnende Vermögen übertragen.

Zusätzlich zu dem Vermögen werden der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH die zum Stichtag 01.10.2006 bei den ehemaligen Abteilungen „Volkshochschule“ und „Musikschule“ bestandenen Forderungen und Verbindlichkeiten übertragen.

5.4 Umstrukturierung der städtischen Beteiligungen – Grundsatzbeschluss

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Oberbürgermeister Menzel nannte die Beschlussvorlage einen wesentlichen Beitrag zum erforderlichen Haushaltssicherungskonzept (HSK) und somit zur Genehmigungsfähigkeit des Haushalts. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die Eckpunkte, welche am 21.11.2008 in einem Gespräch zwischen den Fraktionsspitzen und der Kommunalaufsichtsbehörde (*Niedersächsisches Innenministerium*) erörtert wurden:

1. Reduzierung der freiwilligen Aufgaben
2. Kostendeckende Gebühren
3. Anpassung der Steuersätze auf Landesdurchschnitt
4. Keine unrentierlichen Kredite
5. Optimierungen im „Konzern-Stadt“ inklusive angemessener Eigenkapitalverzinsung

Unbedingtes Ziel müsse ein genehmigter Haushalt sein, um der vorläufigen Haushaltsführung nach § 88 NGO (*Niedersächsische Gemeindeordnung*) zu entgehen. Er fordere den Ausschuss auf, hierfür jetzt eine der wichtigsten Weichen mit einem positiven Beschluss der Vorlage zu stellen.

Stadtkämmerer Hoff nannte die Umstrukturierung der städtischen Beteiligungen einen Eckpfeiler auf dem Weg zu einem genehmigungsfähigen Haushalt. Bei Ablehnung des vorgelegten Grundsatzbeschlusses können die hier vorgesehenen Verbesserungen an keiner anderen Stelle des HSK kompensiert werden. In diesem Fall werde es deshalb wohl aller Wahrscheinlichkeit nach keine Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde geben.

Herr Dr. von Teichman bekräftige, die Erreichung eines genehmigten Haushalts sei gemeinsames Ziel von Politik und Verwaltung. Die Notwendigkeit eines HSK sei in diesem Zusammenhang unbestritten. Hinsichtlich der Umstrukturierungen im „Konzern-Stadt“ handle es sich um eine alte Forderung seiner Fraktion. Dennoch könne man heute der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Die Bildung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) sei grundsätzlich in Ordnung, jedoch fehle es sowohl im Fides-Gutachten als auch in der Beschlussvorlage an Informationen über mögliche Veräußerungen, insbesondere der Gas- und E-Werke (GEW) und des Krankenhauses (RNK). Im Namen seiner Fraktion schlage er deshalb vor, zum Thema „Umstrukturierung“ bzw. „AöR“ eine Sondersitzung des Rates, noch vor der Haushaltssitzung am 25.3.2009, einzuberufen.

Herr Prof. Reuter stellte heraus, dass es sich bei der heute zu beschließenden Vorlage lediglich um einen Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer AöR handle. Diesem werde seine Fraktion heute zustimmen. Überlegungen zum Verkauf einzelner Beteiligungen könnten auch unabhängig vom Grundsatzbeschluss erörtert werden. Ein Verkauf des Krankenhauses (RNK) käme jedoch für die CDU-Fraktion im Rat unter keinen Umständen in Betracht.

Nach Meinung von **Herrn Tjaden** gehe die Beschlussvorlage bereits deutlich über einen reinen Grundsatzbeschluss hinaus. Eine Sondersitzung zum Thema „AöR“ sei jedoch nicht erforderlich. Das Fides-Gutachten läge der Politik bereits seit Monaten vor. Die Errichtung einer AöR käme für seine Fraktion jedoch auf keinen Fall in Frage. Das angestrebte Ziel einer verbesserten Steuerung durch den Rat könne seiner Auffassung nach durch eine AöR nicht erreicht werden. Er stelle sich die Frage, ob sich dem Rat auch Möglichkeiten der Umstrukturierung bieten, ohne Errichtung einer AöR.

Herr Hoff führte hierzu aus, das Fides-Gutachten zeige deutlich auf, das es grundsätzlich lediglich zwei Möglichkeiten für eine zentrale Steuerung durch den Rat gäbe. Entweder die Gründung einer GmbH oder die Errichtung einer AöR. Bei der Gründung einer GmbH entstünden jedoch erhebliche finanzwirtschaftliche Verpflichtungen und somit scheide diese Alternative aus. Es verbliebe als einzig wirtschaftliche Lösung die Errichtung einer AöR. Weiterhin sei die Frage möglicher Veräußerungen im Fides-Gutachten umfassend beleuchtet worden. Unter den Bedingungen der derzeitigen Marktlage gestalte sich jedoch die Suche nach geeigneten Investoren als äußerst schwierig. Außerdem solle die Veräußerung von Unternehmen der Daseinsvorsorge gut überlegt sein.

Herr Biehl vertrat die Auffassung, der Politik sei die Dimension der geplanten Umstrukturierung lange nicht klar gewesen. Den Vorschlag der FDP-Fraktion, eine Sondersitzung des Rates zum Thema AöR einzuberufen, hielt er aus diesem Grund für eine positive Idee. Um die Errichtung einer AöR käme man aber wohl insgesamt nicht umher.

Herr Tjaden lehnte erneut die vorgeschlagene Sondersitzung als überflüssig ab. Die Unterlagen lägen nun bereits seit über 6 Monaten vor. Die Errichtung einer AöR dürfe aber nicht allein aus der Perspektive der Wirtschaftlichkeit betrachtet werden. Leider stelle sich die Situation so dar, dass es ohne die AöR kein Haushaltssicherungskonzept (HSK) gäbe und ohne HSK keinen Haushalt. **Herr Neumann** bekräftigte, ein HSK müsse her und die AöR sei Teil davon. Allerdings verbessere die AöR aus seiner Sicht nicht die Steuerungsmöglichkeiten des Rates. Hier läge das Problem.

Herr Prof. Reuter kritisierte die Haltung der SPD-Fraktion. Die AöR verbessere sehr wohl die Steuerungsmöglichkeiten durch den Rat der Stadt. Eine Sondersitzung des FWM bzw. des Rates könne man auch noch einberufen, wenn es um die Ausgestaltung der Satzung der AöR gehe. Heute ginge es lediglich um den Grundsatzbeschluss als Teil des Haushaltssicherungskonzepts (HSK).

Erster Stadtrat Stoffers informierte darüber, dass eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) über zwei rechtlich vorgeschriebene Organe verfüge. 1. der Vorstand und 2. der Verwaltungsrat. Die Ausgestaltung der Organe sei im Rahmen der Satzung der AöR alleinige Sache des Rates der Stadt. Neben den Organen der AöR wäre es ohne weiteres möglich, in der Satzung festzulegen, dass zusätzlich beratende Ausschüsse unterhalb der Organe der AöR zu bilden sind. Diese hätten dann die Aufgabe, die Beschlüsse der Organe vorzubereiten. Die Beschlüsse der beratenden Ausschüsse hätten, ähnlich wie die jetzigen Werksausschüsse bei den Eigenbetrieben bzw. die Fachausschüsse des Rates innerhalb der Kernverwaltung, lediglich Empfehlungscharakter.

Herr Weerda bat die Verwaltung um Auskunft hinsichtlich des vorliegenden Fragenkatalogs des Gesamtpersonalrates (GPR) zur AöR. **Herr Stoffers** entgegnete, der GPR habe ausschließlich einen Anspruch auf Erörterung im Rat zu personalrechtlichen Angelegenheiten, nicht zu wirtschaftlichen.

Herr Menzel war der Meinung, im Fides-Gutachten, welches dem GPR ebenfalls vorläge, seien auch alle wirtschaftlichen Fragen des Fragenkatalogs beantwortet. **Herr Hoff** ergänzte, soweit Personalfragen vorhanden seien, werde die Verwaltung den GPR selbstverständlich beteiligen.

Herr Barkowsky war der Auffassung, dem GPR sollte in jedem Falle die Möglichkeit einer Anhörung im Rat gegeben werden. Die von ihm gestellten Fragen erscheinen ihm wichtig und sollten beantwortet werden. **Herr Biehl** schloss sich dieser Meinung ausdrücklich an.

Herr Hoff kündigte an, den GPR zur nächsten Ratssitzung einzuladen, äußerte jedoch sein Unverständnis hinsichtlich der offenbar noch vielen offenen Fragen seitens der Politik. Zum Thema Umstrukturierung bzw. Errichtung einer AöR sei bei den Klausurtagungen im Februar umfassend berichtet worden und auch das Fides-Gutachten läge allen Ratsmitgliedern seit Monaten vor und wäre auch durch die FIDES im Rat vorgestellt worden. Weiterhin habe er auf Wunsch einiger Fraktionen direkt bei Fraktionssitzungen umfassend zum Thema berichtet.

Herr Hoff führte weiterhin aus, bei einem Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer AöR gehe es nicht um eine „Privatisierung“. (*Anmerkung: Bei der Rechtsform AöR handelt es sich um eine Behörde.*) Die AöR werde auch eine 100%ige Tochter der Stadt bleiben.

Herr Hoff stellte abschließend als Kausalkette fest:

Zur Durchführung der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II bedürfe es eines vom Rat beschlossenen Haushalts. Für die Genehmigungsfähigkeit sei ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) rechtliche Bedingung. Ein ausreichend tragfähiges HSK käme nur mit dem Grundsatzbeschluss zur Umstrukturierung des „Konzern-Stadt“ zustande. Er appellierte an alle politischen Fraktionen im Rat, ihrer Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, gerade vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, gerecht zu werden und den vorliegenden Grundsatzbeschluss mitzutragen. Er sicherte zu, alle Einzelheiten im Rahmen des Entwurfes der Satzung der AöR in ca. 3 bis 6 Monaten zu klären.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt im Rahmen der Haushaltskonsolidierung die teilweise Umsetzung der von der FIDES erarbeiteten sogenannten „großen“ Umstrukturierungslösung.

Hierbei sind die folgenden Teilprojekte umzusetzen:

- Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts aus der Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven sowie den Eigenbetrieben Straße und Grün in Wilhelmshaven, Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven und Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe.
- Die Veräußerung bzw. Verschmelzung von ausgewählten städtischen Gesellschaften.
- Übertragung von städtischen Anteilen an Gesellschaften auf die neu zu gründende Anstalt des öffentlichen Rechts und andere Gesellschaften.

Die zuständigen Fachbereiche der Stadt Wilhelmshaven werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gesellschaften, die Umsetzung der oben genannten Teilprojekte vorzubereiten und dem Rat zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen.

Anschließend unterbrach die Vorsitzende die Sitzung von 13h bis 14h.

5.5

Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman erinnerte daran, dass es bis zum Jahre 2001 eine solche Straßenausbaubeitragssatzung bereits gegeben habe. Diese wurde seinerzeit durch einstimmigen Beschluss des Rates aufgrund erheblicher Probleme bei der Durchführung aufgehoben. Eine neue Straßenausbaubeitragssatzung würde erneut Tür und Tor für gerichtliche Klageverfahren öffnen. Nennenswerte Mehrerträge seien aus diesem Grund nicht zu erwarten. **Herr Schmidt** stimmte Herrn Dr. von Teichman zu und nannte eine solche Satzung „bürgerfeindlich“. Seine Fraktion werde die Beschlussvorlage ablehnen.

Herr Tjaden resümierte, niemand im Rat wolle diese Satzung. Trotz der Forderung des Landes, eine Straßenausbaubeitragssatzung zu beschließen, plädiere er deshalb für die Ablehnung.

Oberbürgermeister Menzel machte deutlich, dass die Ablehnung ein weiterer Schritt in Richtung Nicht-Genehmigung des Haushalts darstelle.

Beschluss: -einstimmig abgelehnt-

Der Entwurf der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbaubeitragssatzung) wird beschlossen.

5.6 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 22.11.2006

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Barkowsky zeigte sich verwundert über die Beschlussvorlage, schließlich wurde bereits im November 2008 eine im Wesentlichen inhaltsgleiche Beschlussvorlage abgelehnt. Insbesondere zweifle seine Fraktion den kalkulatorischen Zinssatz in Höhe von 5,5 % als nicht marktgerecht an. **Herr Dr. von Teichman** entgegnete, der kalkulatorische Zinssatz sei erst in der letzten Sitzung des Rates einstimmig, also auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion, beschlossen worden.

Herr Biehl führte aus, das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz (NKAG) zwingt die Verwaltung zu kostendeckenden Gebühren. Daher sei die vorgelegte Satzungsänderung im Grunde in Ordnung. Er signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion.

Herr Prof. Reuter kündigte an, seine Fraktion werde sich zunächst der Stimme enthalten. Gleichwohl erkannte er an, wenn es eine Gebührenunterdeckung gäbe, müssten die Gebühren angepasst werden. Hier habe man keine Wahl.

Herr Langen erkundigte sich nach Überschüssen im Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes WEB. **Herr Dr. Graul** erläuterte, man müsse hier strikt trennen zwischen „handelsrechtlichen“ Überschüssen der WEB und Über- bzw. Unterdeckungen im Gebührenhaushalt „Abwasser“. Die rechtliche Verpflichtung aus dem NKAG bestünde allein für den Gebührenhaushalt und dürfte rein rechtlich nicht durch etwaige Überschüsse des Gesamtbetriebes WEB subventioniert werden. Fakt sei eine erhebliche Unterdeckung im Gebührenhaushalt „Abwasser“ der WEB. Diese resultiere in erster Linie aus den abnehmenden Kubikmeterzahlen sowie aus steigenden Energiepreisen.

Herr Valnion verdeutlichte, allein die Gebührenunterdeckung aus 2006 betrage hier ca. 322.000 €. Die angestrebten Mehrerträge aus der Gebührenanpassung betrügen insgesamt ca. 500.000 €. Die Konsequenz aus einer Ablehnung der Gebührenanpassung könne dann nur die Reduzierung der Kosten im Gebührenhaushalt „Abwasser“ sein.

Stadtkämmerer Hoff stellte klar, es ginge hier in der Sache weder um Steuerhöhungen noch um Beitragserhöhungen, sondern lediglich um kostendeckende Gebühren. Nach den Vorschriften des NKAG sei es schlicht rechtswidrig, hier nicht kostendeckend zu arbeiten. Der kalkulatorische Zinssatz entspreche dem mehrjährigen Durchschnittszinssatz für Kredite. Im Übrigen habe der Werksausschuss der WEB der Beschlussvorlage bereits zugestimmt und auch die Kommunalprüfungsanstalt habe in ihrem Abschlussbericht festgestellt, dass die Gebühren derzeit nicht kostendeckend seien. Die Stadt sei somit gezwungen zu reagieren. Eine Ablehnung werde die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts weiter gefährden.

Herr Dr. von Teichman stimmte zu, dass die Gebühren nach Gesetzeslage kostendeckend zu erheben sind. Jedoch könne seine Fraktion der Beschlussvorlage in der vorgelegten Fassung nicht zustimmen. Anders als die im November 2008 vorgelegte Beschlussfassung sehe die neue Fassung eine Erhöhung des Grundpreises auf 20 €/Jahr statt nur auf 12,60 €/Jahr vor.

Er formulierte daher für seine Fraktion den Antrag:

„Der Wortlaut der Beschlussvorlage vom 26.11.2008 wird wieder eingesetzt.“

Anschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Ja: 1 Nein: 1 Enthaltungen: 12

Der Änderungsantrag wurde somit bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat beschließt die anliegende „Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 22.11.2006“.

5.7

Wirtschaftsplan 2009 WEB

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2009 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 7.525.900,00 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 150.000,00 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite für das Wirtschaftsjahr 2009 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 6.000.000,00 € festgesetzt.

5.8 Wirtschaftsplan 2009 SDW

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff informierte darüber, dass der vorliegende Wirtschaftsplan noch ergänzt werden müsse um im Bereich der SDW vorgesehene Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II in Höhe von 328.000 €. Bei diesen Maßnahmen handle es sich um die Anbindung der Schulen an das städtische EDV-Netz. Trotz dieser zusätzlichen Maßnahmen werde die SDW ohne neue Kredite auskommen können.

Frau Aljets richtete an **Werksleiter Rüttgers** die Frage, ob der Einsatz von sogenannter „open-source“ Software geprüft worden sei. Dieser entgegnete, dies sei bereits vor wenigen Jahren geprüft worden. Die SDW entschied sich jedoch im Grundsatz auf einen Microsoft orientierten Softwareeinsatz. Kostenvorteile beim Einsatz von „open-source“ Software würden durch einen deutlich höheren Pflegeaufwand wieder verloren gehen. Außerdem könne der Eigenbetrieb die für die Pflege notwendigen Personalkapazitäten nicht aufbringen.

Herr Neumann formulierte die Frage, welche Unternehmen im „Konzern-Stadt“ derzeit Dienstleistungen der SDW in Anspruch nehmen. **Herr Rüttgers** entgegnete, mit Ausnahme der „Stadtwerke-Holding“ würden im Prinzip alle größeren Konzernunternehmen von der SDW begleitet und betreut. Auf weitere Nachfrage von **Herrn Neumann**, welche Leistungen die SDW für die „Stadtwerke-Holding“ anbieten könne, antwortete **Herr Rüttgers**, es könne im Prinzip das gesamte EDV-Geschäft übernommen werden inklusive Hardware, Software und Administration. **Stadtkämmerer Hoff** ergänzte, die „Stadtwerke-Holding“ habe sich lediglich aufgrund der noch bestehenden Verträge mit anderen EDV-Dienstleistern noch nicht für die Zusammenarbeit mit der SDW entscheiden können. Es müsse hier zunächst das Ende der Vertragslaufzeiten abgewartet werden.

Oberbürgermeister Menzel erinnerte abschließend daran, es bestehe ein Ratsbeschluss zur Geschäftsfelderweiterung der SDW. Diese werde auch Zug um Zug umgesetzt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-, -geändert-

Der Wirtschaftsplan 2009 der SDW wird in der vorliegenden Fassung, **inkl. o. g. Änderungen aus dem Konjunkturprogramm II**, beschlossen.

5.9 Weiterführung des Modells Public Private Partnership

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Prof. Reuter signalisierte für seine Fraktion grds. Zustimmung unter der Bedingung, dass auch künftig im Vorfeld einer jeden Maßnahme die Wirtschaftlichkeit eines PPP-Projektes von der Verwaltung mit Hilfe von geeigneten Wirtschaftlichkeitsvergleichen dargestellt werde.

Herr Weerda, kündigte an, die Beschlussvorlage entgegen der grds. Zustimmung seiner Fraktion abzulehnen, da er persönlich erhebliche Zweifel an der Wirtschaftlichkeit von PPP-Projekten habe. **Herr Dr. von Teichman** konnte die Zweifel an der Wirtschaftlichkeit von PPP-Projekten nicht nachvollziehen. Solche Projekte würden derzeit „landauf, landab“ durchgeführt, eben weil sie sich wirtschaftlicher darstellten. Auch die niedersächsische Landesregierung plädiere für PPP. Die FDP-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Biehl formulierte die Fragen, um welche konkreten Projekte gehe es bei den derzeit angedachten PPP-Projekten, wie seien die Zeitschienen und um wieviel Geld ginge es hier?

Werksleiter Leinert führte aus, es bestünden derzeit 5 konkrete Projekte:

1. IGS (energetische Sanierung)	2009	ca. 6,2 Mio. €
2. BBS (Campus-Lösung)	2012	ca. 12 Mio. €
3. Gymnasien	2010	ca. 12 Mio. €
4. Nogatschule (FOS)	noch nicht terminiert	ca. 4,3 Mio. €
5. diverse Kleingebäude	noch nicht terminiert	

Bei der Sanierung der IGS sei jedoch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit kein PPP-Projekt vorgesehen.

Herr Dr. Graul stellte unmissverständlich klar, dass ohne PPP die genannten Projekte vollständig aus dem Kernhaushalt bzw. dem Wirtschaftsplan GGS finanziert werden müssten. Dies sei jedoch nicht möglich. **Herr Tjaden** bezweifelte die generellen Kostenvorteile von PPP-Projekten, stellte jedoch faktisch fest, dass die Mehrheit der städtischen Gebäude, z.B. Schulen, saniert werden müssten.

Herr Neumann bezweifelte ebenfalls eine generelle Wirtschaftlichkeit von PPP-Projekten. Das Problem sei, dass notwendige Kredite der Verwaltung bzw. dem Eigenbetrieb GGS nicht genehmigt werden würden. **Herr Biehl** fügte an, dass es sich bei den PPP-Projekten nur um sogenannte „kreditähnliche Rechtsgeschäfte“ handele.

Stadtkämmerer Hoff stellte deutlich klar, dass es sich bei den angestrebten PPP-Projekten um einen Eckpfeiler des zur Genehmigung des Haushalts notwendigen Haushaltssicherungskonzepts (HSK) handele.

Herr Tjaden bemängelte den Wortlaut der Beschlussvorlage, da dieser seiner Ansicht nach bereits einen endgültigen Charakter habe.

Herr Biehl pflichtete dem bei und formulierte aus diesem Grund folgenden Änderungsantrag: Absatz 2 der Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

„Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren fortzusetzen und Angebote zur Erledigung von Bau- und Betriebsaufgaben **für den ersten ausgewählten Schulstandort** im Rahmen eines PPP-Modells einzuholen. Die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs zur „Zusammenlegung GAM und KKG“ sind zu beachten.“

Anschließend ließ die Vorsitzende, Frau Glaser, über den Änderungsantrag abstimmen: Ja: 7 Nein: 6 Enthaltungen: 1

Dem Änderungsantrag wurde somit mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-, **-geändert-**

Die aufgrund des Beschlusses zur Vorlage Nr. 202 / 2007 zur Entscheidungsfindung und Vorbereitung einer Ausschreibung vorgelegten Ergebnisse werden zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren fortzusetzen und Angebote zur Erledigung von Bau- und Betriebsaufgaben **für den ersten ausgewählten Schulstandort** im Rahmen eines PPP-Modells einzuholen. Die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs zur „Zusammenlegung GAM und KKG“ sind zu beachten.

Die derzeit mit der Erledigung von Bau- und Betriebsaufgaben für die ausgewählten Schulen befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sollen ihre Anstellungs- / Beschäftigungsverhältnisse mit der Stadt behalten. Zur Finanzierung des Vorhabens sind Fördermittel im weitest möglichen Umfang einzubinden.

Vor einer Vergabeentscheidung sind das Ergebnis der Ausschreibung und eine daraufhin vorgenommene Wirtschaftlichkeitsprüfung vorzulegen sowie dazu Gremienbeschlüsse einzuholen. Die Federführung der Bearbeitung liegt bei GGS.

5.10 Wirtschaftsplan GGS 2009

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff stellte im Einzelnen die vorgesehenen Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms II als Bestandteil des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes GGS vor. Voraussetzung für die Durchführung der Maßnahmen sei jedoch ein vom Rat beschlossener Haushalt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-, **geändert**

Der Wirtschaftsplan 2009 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden, **inklusive der beschlossenen Änderungen**, Fassung beschlossen.

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Maßnahmen des Konjunkturprogramms II wird auf 2.200.000€ festgesetzt. Darüber hinaus sind keine Kreditaufnahmen vorgesehen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 4.278.000 € festgesetzt.

5.11 **Wirtschaftsplan 2009 SGW**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2009 des Eigenbetriebes Straße und Grün in Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird auf 1.246.725 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.300.000 € festgesetzt.

5.12 **Wirtschaftsplan 2009 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman bat um Aufklärung über eine nun im Wirtschaftsplan enthaltene Verschlechterung in Höhe von ca. 400.000 €. **Oberbürgermeister Menzel** erläuterte, mit dem Geschäftsführer der WTF, Herrn Kiesbye, sei verabredet, vorhandene Potentiale im operativen Geschäft zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft mittelfristig zu erreichen. **Stadtkämmerer Hoff** ergänzte, es sei vereinbart, die Verschlechterung in der Art zurückzufahren, dass sie sich innerhalb von 4 Jahren insgesamt ausgleiche.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2009 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 4.159.000 € wird zugestimmt.

5.13 Wirtschaftsplan 2009 der WTF Stadtwerke GmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman stellte klar, das es hinsichtlich der WTF-S einen aus seiner Sicht erheblichen Verbesserungs- bzw. Handlungsbedarf gäbe.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2009 der WTF Stadtwerke GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 4.445.078 € wird zugestimmt. Der Verlust der WTF Stadtwerke GmbH ist durch eine Zahlung aus dem städtischen Haushalt auszugleichen. Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich sich aus dem Beschluss über die Haushaltssatzung, inkl. Haushaltssicherungskonzept, ergebender Änderungen (vgl. Beschlussvorlage 68/2009).

5.14 Wirtschaftsplan 2009 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman hielt den Teilhaushalt der Kernverwaltung „Referat 03“ für entbehrlich und war der Auffassung, die hier vorgesehenen Mittel sollten der WFG im Rahmen ihres Wirtschaftsplanes zur Verfügung gestellt werden. **Oberbürgermeister Menzel** verdeutlichte, dass der Teilhaushalt „Referat 03“ auch die Mittel (ca. 600.000 €) aus dem KMU-Förderprogramm (Kleine und Mittlere Unternehmen) enthielte. Diese müssten zwingend aus dem Kernhaushalt gezahlt werden.

Daraufhin formulierte **Herr Dr. von Teichman** für seine Fraktion folgenden Änderungsantrag:

„Mit Ausnahme der Mittel des KMU-Förderprogramms werden alle Haushaltsmittel des Teilhaushaltes „Referat 03“ der WFG mbH im Rahmen ihres Wirtschaftsplanes zur Verfügung gestellt“.

Die Vorsitzende, **Frau Glaser** ließ über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Ergebnis: Ja: 2 Nein: 6 Enthaltungen: 6

Der Antrag wurde somit mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

5.15 Wirtschaftsplan 2009 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2009 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH, mit einem ausgewiesenen städtischen Zuschuss von 1.373.145 Euro, wird zugestimmt.

5.16 Haushaltssatzung 2009 / 20105.16.1 Gesamtpläne:

Stadtkämmerer Hoff erinnerte daran, dass das Gesamtdefizit im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung zum Stand der Klausurtagung bei 43,1 Mio. € lag. Nun, nach Beratung in den Fachausschüssen, habe sich das Defizit um 1 Mio. € auf insgesamt 44,1 Mio. € verschlechtert.

Im Einzelnen:

1. 2009	- 9,6 Mio. €
2. 2010	- 8,6 Mio. €
3. 2011	- 9,0 Mio. €
4. 2012	- 7,9 Mio. €
Gesamt:	-35,1 Mio. €

Defizit 2008 - 9,0 Mio. €
Gesamt: **-44,1 Mio. €**

Vor diesem Hintergrund erscheine ein tragfähiges Haushaltssicherungskonzept (HSK) von umso größerer Bedeutung. Insbesondere auch in dem Bereich Kultur / Sport müsse dafür mittelfristig ein Kostendeckungsgrad von 25% bis 30% erreicht werden. Richtig und wichtig sei es selbstverständlich, Einrichtungen nicht „ausbluten“ zu lassen, aber auch sie müssten ihren Beitrag leisten.

Mit Mehrerträgen im städtischen Haushalt aus den Großprojekten könne realistisch nicht vor den Jahren 2014 bis 2018 gerechnet werden.

Herr Prof. Reuter äußerte seine Meinung, der Haushalt hätte sich gegenüber 2008 in allen Teilhaushalten verschlechtert. Er kündigte deshalb an, im Rat einen Prüfauftrag über die Reduzierung von jährlich 300.000 € in drei der Dezernate (Zu Protokoll: ausgenommen Dezernat II und einem weiteren nicht genannten) zu formulieren. Seiner Auffassung nach müsse auch die Verwaltung „ihren Beitrag leisten“.

Herr Vanion wies darauf hin, dass der Gesamthaushalt über ein Volumen von ca. 180 Mio. € verfüge und davon bereits über 100 Mio. € auf das von Herrn Prof. Reuter ausgeklammerte Dezernat II entfielen.

Stadtbaurat Kottek widersprach der Aussage, alle Teilhaushalte hätten sich gegenüber 2008 verschlechtert. Beispielsweise gäbe es eine leichte Verbesserung im Teilhaushalt 63 (Bauordnung), welcher insgesamt nicht einmal defizitär sei.

Erster Stadtrat Stoffers warnte vor pauschalen Einsparvorgaben nach dem „Rasenmäherprinzip“. Alle Einsparmöglichkeiten innerhalb der Verwaltung wären bereits im Haushaltssicherungskonzept (HSK) eingearbeitet.

Oberbürgermeister Menzel brachte deutlich zum Ausdruck, die Verwaltung habe bereits eindeutig mehr als nur einen „kleinen Beitrag“ zur Haushaltssicherung geleistet. In den letzten Jahren wurden eine ganze Reihe von frei gewordenen Stellen nicht mehr besetzt. Damit habe die Verwaltung sogar einen „ganz erheblichen“ Beitrag zur Haushaltssicherung erbracht. Auch weiterhin würden alle frei werdenden Stellen auf den Prüfstand gestellt. Die Grenze der Belastbarkeit sei damit erreicht.

5.16.1.1 Gesamtergebnisplan

-keine Wortbeiträge-

5.16.1.2 Gesamtfinanzplan

-keine Wortbeiträge-

5.16.2 Teilhaushalte nach Dezernaten:

*Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, bat darum, die Unterpunkte des TOP 5.16.2 dezernatsweise aufzurufen.*

Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich hiermit einverstanden.

5.16.2.1 Dezernat I - Oberbürgermeister Menzel

*Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief die TOP 5.16.2.1.1 bis 5.16.2.1.8 (Dezernat I) auf.*

5.16.2.1.1 Teilhaushalt 02 - Gleichstellungsbeauftragte Seiten 26-33

5.16.2.1.2 Teilhaushalt 13 - Kommunikation & Koordination Seiten 34-60

5.16.2.1.3 Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfungsamt Seiten 61-68

5.16.2.1.4 Teilhaushalt RNK - Seiten 69-75

5.16.2.1.5 Teilhaushalt Stadtwerke Holding Seiten 76-83

5.16.2.1.6 Teilhaushalt WFG - Seiten 84-91

5.16.2.1.7 Teilhaushalt 03 - Wirtschaft und Regionalmanagement Seiten 92-99

5.16.2.1.8 Teilhaushalt WTF-S - Seiten 100-101

Änderungsliste Ergebnishaushalt nach Fachausschüssen Nr. 1 bis 5

-keine Wortbeiträge-

5.16.2.2 Dezernat II - Erster Stadtrat Stoffers

*Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief die TOP 5.16.2.2.1 bis 5.16.2.2.6 (Dezernat II) auf.*

5.16.2.2.1 Teilhaushalt 10 - Zentrale Dienste Seiten 110-137

5.16.2.2.2 Teilhaushalt 30 - Recht Seiten 138-154

- 5.16.2.2.3 Teilhaushalt 50 - Soziales Seiten 155-196
- 5.16.2.2.4 Teilhaushalt 51 - Jugend Seiten 197-225
- 5.16.2.2.5 Teilhaushalt 53 - Gesundheit Seiten 226-239
- 5.16.2.2.6 Teilhaushalt SDW - Seiten 240-247

Änderungsliste Ergebnishaushalt nach Fachausschüssen Nr. 6

Frau Gastmann formulierte für ihre Fraktion 2 Anträge zum Teilhaushalt 51 (Jugendamt):

1. „Einstellung 4 weiterer Schulsozialarbeiter für 8 Grundschulen“
2. „Einstellung 2 weiterer Präventionskräfte im allgemeinen Sozialdienst (ASD) im Team Nord und Team Mitte“

Ihre Fraktion erhoffe sich durch die Neueinstellungen Minderaufwendungen in Höhe von ca. 400.000 €. **Oberbürgermeister Menzel** stellte diese Prognose unmittelbar in Frage.

Erster Stadtrat Stoffers stellte fest, beide Anträge wurden in dieser Form im Jugendhilfeausschuss nicht gestellt. Zwar gestand er ein, dass die bisherigen Erfahrungen mit Prävention in der Jugendarbeit in der Tat sehr positiv ausfielen, jedoch zu Lasten des Haushalts aufgrund der hohen Personalkosten.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich **Frau Gastman** sowie die **Herren Adam, Reuter, Dr. von Teichman, Tjaden, Stoffers, Hoff** und **Menzel**.

Anschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über die beiden Anträge gemeinsam abstimmen:

Ja: 7 Nein: 7 Enthaltungen: 0

Die Anträge wurden somit bei Stimmengleichheit abgelehnt.

5.16.2.3 Dezernat III - Stadtbaurat Kottek

*Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief die TOP 5.16.2.3.1 bis 5.16.2.3.3 (Dezernat III) auf.*

- 5.16.2.3.1 Teilhaushalt 61 - Stadtplanung Seiten 251-283
- 5.16.2.3.2 Teilhaushalt 63 - Bauordnung Seiten 284-293
- 5.16.2.3.3 Teilhaushalt SGW - Seiten 294-303

Änderungsliste Ergebnishaushalt nach Fachausschüssen Nr. 7

Herr Prof. Reuter sowie **Herr Dr. von Teichman** formulierten für ihre Fraktionen den Antrag auf Streichung der Nr. 7 der Änderungsliste (Erhöhung Zuschuss Wirtschaftsplan SGW für Straßenunterhaltung in Höhe von jährlich 500.000 € in den Jahren 2009 bis 2012).

Herr Neumann stellte klar, seine Fraktion habe die o.g. Erhöhung nur für das Haushaltsjahr 2009 beantragt, diese sei jedoch unumgänglich. **Herr Schmidt** bekräftigte diese Aussage, da sich die Straßen seiner Meinung nach in einem „katastrophalen Zustand“ befänden.

Herr Prof. Reuter und **Herr Dr. von Teichman** bekräftigten ihren Antrag daraufhin für das Jahr 2009.

Anschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion mit der FDP-Fraktion abstimmen:

Ja: 6 Nein: 7 Enthaltungen: 1

Der Antrag auf Streichung der zusätzlichen Mittel für Straßenunterhaltung wurde somit abgelehnt.

Herr Dr. von Teichman schlug vor, die Straßen doch besser in Rahmen eines PPP-Projektes zu sanieren oder alternativ aus Verkaufserlösen des städtischen Krankenhauses (RNK).

5.16.2.4 Dezernat IV: Stadtrat Dr. Graul

*Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief die TOP 5.16.2.4.1 bis 5.16.2.4.5 (Dezernat IV) auf.*

5.16.2.4.1 Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten Seiten 307-340

5.16.2.4.2 Teilhaushalt 36 - Umwelt Seiten 341-362

5.16.2.4.3 Teilhaushalt 37 - Brandschutz Seiten 363-392

5.16.2.4.4 Teilhaushalt 40 - Bildung, Kultur, Sport Seiten 393-474

5.16.2.4.5 Teilhaushalt WEB - Seiten 475-483

Änderungsliste Ergebnishaushalt nach Fachausschüssen Nr. 8 bis 14

Herr Neumann stellte fest, das Produkt „Kunsthalle“ im Teilhaushalt 40 schließe mit einem jährlichen Zuschussbedarf von ca. 250.000 €. Er formulierte daher für seine Fraktion den Antrag, den „städtischen Zuschuss an die Kunsthalle um jährlich 100.000 € zu kürzen“.

Herr Dr. Graul informierte, dass der städtische Zuschuss an die Kunsthalle überhaupt nur jährlich 107.000 € betrüge. Der restliche Zuschussbedarf resultiere aus Abschreibungen sowie Gebäudebewirtschaftung, also aus der Doppik.

Herr Dr. von Teichman erinnerte daran, die SPD-Fraktion habe einen gleich lautenden Antrag bereits zu den Haushalten 2006 / 2007 gestellt. Eine Reduzierung des Zuschusses von 107.000 € um 100.000 € auf dann nur noch 7.000 € jährlich würde einen Weiterbetrieb der Kunsthalle nicht zulassen. Seiner Auffassung nach müsse die SPD-Fraktion dann ehrlicherweise gleich die Schließung der Kunsthalle beantragen.

Herr Prof. Reuter stellte fest, die Änderungsliste enthielte bereits eine Reduzierung des jährlichen Zuschusses an die Kunsthalle um 10.000€. Mehr sei nicht zu erreichen ohne den Bestand der Kunsthalle zu gefährden.

Oberbürgermeister Menzel bat **Herrn Neumann** daraufhin, den Antrag zurückzuziehen. Dieser folgte der Bitte.

5.16.2.5 Dezernat V: Stadtkämmerer Hoff

*Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief die TOP 5.16.2.5.1 bis 5.16.2.5.3 (Dezernat V) auf.*

5.16.2.5.1 Teilhaushalt GGS - Seiten 487-495

5.16.2.5.2 Teilhaushalt 20 - Finanzen Seiten 496-522

5.16.2.5.3 Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft - Seiten 523-529

Änderungsliste Ergebnishaushalt nach Fachausschüssen Nr. 15 bis 27

-keine Wortbeiträge-

- 5.16.3 Stellenplan:
5.16.3.1 Gesamtstellenplan Seiten 15-17

Erster Stadtrat Stoffers informierte darüber, dass der Gesamtpersonalrat (GPR) das Benehmen zum Gesamtstellenplan nicht erteilt habe. Dem GPR wird Gelegenheit gegeben werden, den Stellenplan mit dem Rat in seiner Sitzung am 25.03.2009 zu erörtern. Der GPR begründete seine Ablehnung mit der Feststellung der Kommunalprüfungsanstalt (KPA) in ihrem Abschlussbericht, ein weiterer Abbau von Stellen könne nur bei gleichzeitigem Aufgabenabbau erfolgen.

- 5.16.3.2 Veränderungen zum Stellenplan Seiten 531-533

-keine Wortbeiträge-

- 5.16.4 Investitionsprogramm nach Dezernaten:

*Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, fragte, ob bei den Unterpunkten des TOP 5.16.4 noch grundsätzlicher Erörterungsbedarf bestünde. Dieses wurde von den Mitgliedern des Ausschusses verneint.*

- 5.16.4.1 Dez. I Oberbürgermeister Menzel Seiten 535-539
5.16.4.2 Dez. II Erster Stadtrat Stoffers Seiten 540-544
5.16.4.3 Dez. III Stadtbaurat Kottek Seiten 545-550
5.16.4.4 Dez. IV Stadtrat Dr. Graul Seiten 551-555
5.16.4.5 Dez. V Stadtkämmerer Hoff Seiten 556-558

-keine Wortbeiträge-

- 5.16.5 Übersichten / Sonstiges:

- 5.16.5.1 Verpflichtungsermächtigungen Seite 560

-keine Wortbeiträge-

- 5.16.5.2 Schulden Seite 561

-keine Wortbeiträge-

- 5.16.5.3 Stiftungen Seite 562

-keine Wortbeiträge-

5.16.5.4 Im Haushalt enthaltene Zuschüsse Seiten 20-21

-keine Wortbeiträge-

5.16.5.5 Unberücksichtigte Zuschussanträge Seite 22

Stadtkämmerer Hoff informierte über den Umstand, dass zwei weitere, in den Haushaltsunterlagen nicht aufgeführte, unberücksichtigte Anträge vorlägen.

1. Zuschussantrag der Arbeitslosen-Initiative (ALI) über 30.000 €
2. Zuschussantrag des Wikingerschiff e.V. über 6.000 €

Zu Protokoll:

Die Liste der im Haushalt berücksichtigten Zuschussanträge ist in den Klausurunterlagen enthalten (Seiten 20 bis 21). Die Liste der im Haushalt unberücksichtigten Zuschussanträge ist ebenfalls im Haushalt enthalten (Seite 22) und ist um die 2 genannten Anträge zu ergänzen.

5.16.6 Haushaltssicherungskonzept

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, kündigte an, die Punkte 1 bis 9 des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzepts (HSK) jeweils in Verbindung mit den Punkten der Prüfaufträge 1 bis 30 aufzurufen.

HSK Nr. 1: Personal Kernhaushalt und Eigenbetriebe: (Prüfauftrag Nr. 1)

-keine Wortbeiträge-

HSK Nr. 2: Abbau von freiwilligen Aufgaben: (Prüfaufträge Nr. 2 bis 16)

Herr Prof. Reuter erkundigte sich nach der Ursache für die angestrebten Verbesserungen aus Prüfauftrag Nr. 3 (Reduzierung Geschäftsanteil JWP-Logistics-Zone). **Oberbürgermeister Menzel** entgegnete, dass bisher kein endgültiger Beitrittsbeschluss der Stadt gefasst wurde und man hoffe, im Rahmen der noch stattfindenden Gespräche die genannte Summe einzusparen.

Herr Biehl bat um Erläuterung des Prüfauftrages 13 (Schulmaterialfonds). **Herr Dr. Graul** stellte dar, der bisher von der Stadt bereitgestellte Schulmaterialfonds sei künftig entbehrlich, da dieser nun seitens des Bundes bereitgestellt werde. **Herr Biehl** sowie **Frau Gastmann** hegten starke Bedenken, ob der tatsächliche Zweck des bisherigen städtischen Schulmaterialfonds auf diese Weise erfüllt bleibe.

HSK Nr. 3: Optimierung der Gesellschaften inkl. Personal, Eigenbetriebe ohne Personal: (Prüfaufträge Nr. 17 bis 21)

-keine Wortbeiträge-

HSK Nr. 4: Kosten der Unterkunft –netto-: (Prüfauftrag Nr. 22)

Herr Prof. Reuter stellte die Frage, ob die an dieser Position vorgeschlagenen Verbesserungen nur im Zuge einer Revision im anhängigen Klageverfahren zu den Kosten der Unterkunft (KdU) erzielt werden können. **Erster Stadtrat Stoffers** verneinte dies und erläuterte, dass die Verwaltung von einem Rückgang der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ausginge. Er wies jedoch darauf hin, dass bei geringeren Aufwendungen aus KdU auch weniger Erträge aus Kostenerstattungen entstünden.

HSK Nr. 5: Anteil Einkommensteuer: (Prüfauftrag Nr. 23)

-keine Wortbeiträge-

HSK Nr. 6: Gewerbesteuer: (Prüfauftrag Nr. 24)

Herr Tjaden bat um Erläuterungen zum erhöhten Gewerbesteueraufkommen. **Stadtkämmerer Hoff** erklärte, die eingesetzten Beträge seien nach Rücksprache mit den größten Gewerbesteuerzahlern der Stadt durch die Kämmerei mit der üblichen Sorgfalt geschätzt.

HSK Nr. 7: Gewerbesteuerumlage: (Prüfauftrag Nr. 25)

-keine Wortbeiträge-

HSK Nr. 8: Finanzausgleich: (Prüfauftrag Nr. 26)

-keine Wortbeiträge-

HSK Nr. 9: Steuererhöhungen: (Prüfaufträge Nr. 27 bis 30)

Herr Prof. Reuter kündigte für seine Fraktion an, im Rat die Streichung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Steuererhöhungen zu beantragen. **Herr Dr. von Teichman** nannte die angestrebten Steuererhöhungen ein „falsches Signal zur falschen Zeit“ und „sozial nicht verträglich“. **Herr Neumann** vertrat die Auffassung, ein Großteil der resultierenden Steuermehrerträge würde gleich wieder verloren gehen durch die dann höheren Aufwendungen der Gewerbesteuerumlage sowie durch die dann niedrigeren Erträge aus dem Finanzausgleich.

Stadtkämmerer Hoff hielt dem entgegen, dass sich der Haushalt ohne eine Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer um weitere 4,5 Mio. € von einer Genehmigungsfähigkeit entferne. Die moderate Anpassung der Steuersätze an den Durchschnitt der niedersächsischen kreisfreien Städte sei bereits seit langen Jahren geboten. Außerdem sei die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B durchaus sozial verträglich, da es sich in Summe nur um geringe Beträge für den einzelnen Bürger handele.

Oberbürgermeister Menzel stellte unmissverständlich klar, bei den avisierten Steuererhöhungen handele es sich um einen Eckpfeiler des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK). Er unterbreitete den Kompromissvorschlag, von der Erhöhung der Grundsteuer B abzusehen, jedoch nicht von der Erhöhung der Gewerbesteuer.

Abschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über den TOP 5.16 Haushaltssatzung 2009 / 2010 insgesamt abstimmen:

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (*bei 12 Enthaltungen*)

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2009 / 2010 einschließlich des Haushaltsplanes, des Haushaltssicherungskonzeptes und des Investitionsprogramms unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen und Haushaltsvermerke sowie der Anlagen zum Haushaltsplan.

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen und dem Rat vorzuschlagen, inwieweit die Grobziele des Haushaltssicherungskonzeptes durch die in der Liste „Prüfaufträge zum Haushaltssicherungskonzept“ genannten Maßnahmen umgesetzt werden können.

Unterlagen zum Stand nach FWM siehe Anlage zu Protokoll:

1. Änderungsliste Ergebnishaushalt
2. Änderungsliste Finanzhaushalt
3. Haushaltssatzung 2009 / 2010
4. Haushaltssicherungskonzept
5. Prüfaufträge zum Haushaltssicherungskonzept
6. Konjunkturprogramm II
7. Unterlagen Konjunkturprogramm II
8. Verteilung der Fördermittel
9. Zuschüsse unberücksichtigt HH 2009

6

Mitteilungen und Anfragen

-keine-

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 20:35 Uhr

Hoff
Stadtkämmerer

Glaser
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer